

## **Rede von Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, zur landeszentralen Kundgebung in Bochum**

1. Mai 2016

Sperrfrist: 1.5.2016, 11.45 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Ein gut gefüllter Platz in einer tollen Stadt –  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Gäste,

ich bin heute gern in Bochum und heiße euch herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, dass unsere Ministerpräsidentin hier ist und im Anschluss zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen, liebe Hannelore! Es ist eine gute Tradition, dass wir am 1. Mai gemeinsam bei einer Kundgebung sprechen, und es zeugt von großer Wertschätzung, dass du heute bei uns zu Gast bist.

Bochum ist eine krisenerprobte Stadt; der Strukturwandel ist allgegenwärtig. Es ist aber auch eine Stadt der Solidarität, des Zusammenhalts! Tief im Westen ist Bochum eine besondere Stadt mit liebenswerten Menschen und wunderbaren Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften.

Danke an euch alle, dass ihr heute auf die Straße geht! Damit setzen wir nicht nur ein wichtiges Signal für gute Arbeit und faire Löhne, sondern auch ein Zeichen gegen die Neonazis, die sich für heute angekündigt haben. Heute Nachmittag will das letzte Aufgebot der NPD am Hauptbahnhof aufmarschieren. Über das Verbot dieser Partei entscheidet in diesen Wochen erneut das Bundesverfassungsgericht, und es ist höchste Zeit, dieser Ansammlung von Rassisten und Antisemiten den legalen Anstrich und die staatlichen Gelder zu entziehen!

Ich rufe euch auf: Stellt euch im Anschluss an unsere Kundgebung der NPD entgegen – entschieden, aber friedlich. Für uns ist klar: Bochum braucht keine Nazis – Bochum steht nicht für braune Einfalt, sondern für Vielfalt und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen!

(Anrede)

Es gibt auch gute aktuelle Nachrichten, die zeigen, dass Gewerkschaften etwas auf die Beine stellen und Wirkung zeigen:

Am Freitagabend haben unsere Gewerkschaften in Potsdam einen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen erreicht. 4,75 % mehr Geld in zwei Jahren und Verbesserungen bei der Eingruppierung, herzlichen Glückwunsch dazu an die Kolleginnen und Kollegen von ver.di, GdP und GEW. Ihr seid es wert! Und es wird erneut deutlich, es lohnt sich doch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Es lohnt sich übrigens nicht nur im Portemonnaie, sondern auch im Kopf!

In der Metall- und Elektroindustrie sieht die Lage heute deutlich anders aus: Die Arbeitgeber wollten in den Verhandlungen nur 2,1 % für zwei Jahre herausrücken, eine Frechheit, weil in der Industrie sehr gute Gewinne gemacht werden. Deshalb sind tausende Kollegen – in NRW allein 17.000 – bereits in der nächsten Nacht in Warnstreiks gegangen. Wer den Arbeitskampf herausfordert, kann ihn bekommen, und ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, habt unsere volle Unterstützung! Fünf Prozent, das ist eine überzeugende Forderung,

Die Tarifrunde 2016 ist in vollem Gange. Insgesamt laufen in diesem Jahr Tarifverträge für rund 12 Millionen Beschäftigte aus. Für alle, die in den aktuellen Arbeitskämpfen stecken, gilt: Ihr habt unsere volle Unterstützung! Das gilt zum Beispiel auch für die Tarifrunden im Baugewerbe und in der Chemischen Industrie. Kolleginnen und Kollegen, nochmal – ihr seid es wert! Dass ihr auf die Solidarität auch der übrigen DGB-Gewerkschaften bauen könnt, darauf könnt ihr euch verlassen!

(Anrede)

Es gibt aber auch schlechte Nachrichten:

Die Lage in den Krisengebieten der Welt, vor allem in Syrien, ist weiterhin katastrophal. Schon wieder ertrinken Flüchtlinge bei ihrer Überfahrt über das Mittelmeer. Wir können und wir wollen nicht dulden, dass Menschen ertrinken, weil sie ihr Leben retten wollen – das ist ein Armutszeugnis für Europa!

Solange aber Krieg und Verfolgung das Leben vieler zur Hölle machen, müssen wir weitere Flüchtlinge aufnehmen und ihnen helfen, ihnen menschlich begegnen. Dazu stehen die Gewerkschaften ohne Wenn und Aber!

Bei der Integration der Flüchtlinge müssen jetzt alle anpacken, und wir müssen jetzt handeln! Die Asylverfahren müssen viel schneller werden, damit sowohl die Geflüchteten als auch diejenigen, die sie betreuen, wissen, woran sie sind. Wer längere Zeit bei uns bleibt, braucht den schnellstmöglichen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, egal welchen Status er einnimmt. Wir brauchen da einfach mehr Plätze, und wenn der Bund nicht fix genug ist, dann muss das Land NRW einspringen! Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die Schlüsselfaktoren für gelungene Integration. Wir wollen, dass die Geflüchteten nicht nur verwaltet werden und sich in Unterkünften langweilen – sie brauchen schnell eine sinnstiftende Herausforderung! Viele sind hoch motiviert und wollen ihr Leben endlich selbst in die Hand nehmen, anstatt die Zeit totzuschlagen.

Gerade für junge Flüchtlinge im Alter zwischen 18 und 25 Jahren brauchen wir mehr Plätze, auch in den Berufskollegs. Das Land NRW muss ab dem kommenden Schuljahr ein Schulbesuchsrecht für alle unter 25-jährigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber an Berufskollegs einführen. Für diejenigen ohne Sprachkenntnisse und ohne Schulabschluss brauchen wir die Schulpflicht bis 21.

Viele Geflüchtete wollen sofort arbeiten und Geld verdienen. Wir schlagen deshalb vor, für sie ein Integrationsjahr einzurichten. Ein Integrationsjahr, in dem an vier Tagen gearbeitet werden kann – und zwar tariflich und fair bezahlt! – und an einem weiteren Tag in der Woche Sprache und Integration im Vordergrund stehen.

Neue sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen jedoch für alle Menschen offen stehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass allein in Bochum mehr als 13.000 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Auch diejenigen, die schon immer oder schon länger hier leben, müssen mitgenommen werden! Und wir machen als Gewerkschaften

klar, dass der Mindestlohn, die Arbeitsgesetze und die Tarifverträge für alle arbeitenden Menschen gültig bleiben, es darf kein neues Lohndumping in unserem Land geben.

(Anrede)

Unser Motto zum 1. Mai lautet in diesem Jahr „Zeit für mehr Solidarität“. Und Solidarität meint das genaue Gegenteil dessen, was Neonazis und Rechtspopulisten wollen. Sie wollen von den Sorgen und Ängsten der Menschen profitieren, sie machen Politik auf dem Rücken derer, die bei uns Schutz suchen, und bieten sich als sogenannte „Alternative“ an. Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz zeigen, dass sich die politische Rechte neu formatiert hat.

Die AfD und andere Akteure des rechten Spektrums wollen nicht nur Ängste vor Zuwanderern schüren, sie verunglimpfen nicht nur ganze Religionsgemeinschaften und treten die Grundlagen unserer Gesellschaft wie die Religionsfreiheit mit Füßen. Sie wollen auch die Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte beschneiden. Beim Mindestlohn legen sie einen Schlingerkurs hin. Bei den Steuern wollen sie die Reichen entlasten. Die Gleichstellung von Mann und Frau verachten sie. Die europäische Einigung wollen sie der nationalen Abschottung opfern, am besten noch mit Schießbefehl an den Grenzen. Einige haben sogar vorgeschlagen, die Arbeitslosenversicherung privatisieren.

Kolleginnen und Kollegen, die sogenannte „Alternative“ ist keine für uns! Diese Partei ist gewerkschaftsfeindlich, sie ist arbeitnehmerfeindlich! Sie versprüht das Gift der Ausgrenzung und will unsere Gesellschaft spalten.

Die Wählerinnen und Wähler der so genannten Alternative sind jedoch überwiegend keine Rassisten und Neonazis. Umfragen haben ergeben, dass drei Viertel von ihnen der Politik nur einen Denkmittel ausstellen wollten. Das sollte den etablierten Parteien, aber auch uns zu denken geben.

Wenn Menschen sagen, dass sie Angst vor sozialem Abstieg haben, haben sie Recht. Wenn Menschen sagen, dass sie um ihren Arbeitsplatz fürchten, dann haben sie Recht. Wenn Menschen Sorgen haben, ob sie noch eine bezahlbare Wohnung finden, dann haben sie Recht. Und wenn sie sich fragen, ob im Alter die Rente zum Leben reicht, dann haben sie Recht. Sie haben Recht, wenn sie sagen, dass es noch immer zu viel schlecht bezahlte Arbeitsplätze gibt. Und sie haben Recht, wenn sie sagen, dass es mit der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land nicht weit her ist.

Da ist in den letzten Jahren, ist im letzten Jahrzehnt gehörig was aus dem Ruder gelaufen!

Aber: Nichts wird besser, wenn sie AfD wählen!

Wir, der DGB in NRW, setzen dem etwas entgegen! Unser Land hat alle Potenziale für ein besseres Leben für alle. Die Gewerkschaften haben einen konkreten Vorschlag gemacht, wie wir die Lage verbessern können. Mit unserem Konzept NRW 2020 wollen wir in der Zeit von 2015 bis 2020 das Land auf Kurs bringen. Wir wollen 500.000 neue sozialversicherte Arbeitsplätze in NRW. Wir wollen 500.000-mal Gute Arbeit zu fairen Bedingungen, nämlich tariflich entlohnt. Wir wollen eine leistungsfähigere und modernere Wirtschaft, die weniger Ressourcen verbraucht und die natürlichen Lebensgrundlagen schont.

Aber wir setzen nicht, wie die Rechtspopulisten, auf Ausgrenzung und Diffamierung, sondern wir wollen demokratische Debatten und solidarisches gemeinsames Handeln, das macht den Unterschied!

Ich sage das auch in Richtung der SPD – Hannelore, ich muss dich hier als stellvertretende Parteivorsitzende mit in die Pflicht nehmen: Macht Soziales, macht soziale Gerechtigkeit wieder zum Mittelpunkt der Politik, gebt der Sozialdemokratie wieder ein klares Profil. Auch für die SPD ist es an der Zeit für mehr Solidarität! Die Menschen wollen – auch in einer großen Koalition - wissen, woran sie sind, wenn sie ihre Stimme bei Wahlen abgeben.

(Anrede)

Eines der großen Probleme unserer Gesellschaft ist der Mangel an Gerechtigkeit. Während die einen ihr Geld in Briefkastenfirmen in Panama parken und dabei auf die Dienste einer ganzen Geldwäsche- und Vertuschungsindustrie zurückgreifen können, werden die Steuern der abhängig Beschäftigten jeden Monat sofort ans Finanzamt abgeführt. Unsere Kommunen haben kein Geld für Investitionen in Bildung und Infrastruktur, auch die Kultur leidet in unseren Städten.

Schon heute ist das Vermögen innerhalb der Euro-Zone nirgendwo so ungerecht verteilt wie in Deutschland: Die obersten zehn Prozent besitzen 60 % des Gesamtvermögens. Beinahe jeder dritte Erwachsene hat dagegen gar nichts auf der hohen Kante – oder noch weniger: nämlich Schulden. Und trotzdem machen diejenigen, die am meisten haben, immer den größten Radau!

Wir brauchen endlich die Wiedereinführung der Vermögensteuer, um die Lasten gerecht zu teilen! Die wirtschaftlich Starken müssen endlich wieder ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten! Und auch das, was in Berlin an Vorschlägen für eine Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer unterwegs ist, gehört dringend überarbeitet: Wir fordern, dass künftig auch die Multimillionäre und Milliardäre entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Erbschaft- und Schenkungssteuer herangezogen werden. Auch Erbschaften und Schenkungen von großen Betriebsvermögen müssen angemessen besteuert werden – die Superreichen brauchen nicht noch mehr Entlastungen, diese Auffassung hat sogar das Bundesverfassungsgericht zur Erbschaftssteuer vertreten.

(Anrede)

Wir konnten im letzten Jahr mit der Einführung des Mindestlohns einen wirklich großen Erfolg für den DGB und die Gewerkschaften verbuchen. Unsere Landesregierung hat uns dabei kräftig unterstützt, da sagen wir gern einmal danke. 8,50 Euro sind nicht die Welt, aber sie sind die Untergrenze, die jetzt für alle gilt. Statt der an die Wand gemalten Entlassungen gibt es heute mehr sozialversichert Beschäftigte denn je, auch in NRW. Bange machen gilt nicht, übrigens auch nicht bei der Anpassung des Mindestlohns, die in diesem Jahr beschlossen werden muss.

Wir wollen aber auch mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt! Es gibt immer noch eine gravierende Lohnlücke zwischen Frauen und Männern – und das im 21. Jahrhundert! Wir brauchen dazu aus Berlin zwei Gesetze, auf die wir nicht mehr länger warten wollen. Die Politik muss das Recht für Teilzeitbeschäftigte durchsetzen, auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren, wenn sie das wollen.

Ein weiteres Gesetz ist auf dem Weg, das zu mehr Gerechtigkeit führt: das so genannte Entgeltgleichheitsgesetz. Wir schlagen vor: Belohnt die Unternehmen mit Tarifvertrag. Die Gewerkschaften achten auf Geschlechtergerechtigkeit, und die Erhöhung der Tarifbindung ist der richtige Schritt für die Gleichstellung von Mann und Frau. Aber: Unternehmen, die sich aus Tarifverträgen heraushalten, müssen ausführlich nachweisen, dass sie Frauen nicht diskriminieren.



(Anrede)

Solidarität ist das genaue Gegenteil von Spaltung. Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen uns nicht spalten! Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss endlich beendet werden. Wir meinen damit nicht den gelegentlichen Einkauf von Dienstleistungen, sondern die Spaltung der Belegschaften im Kernbereich der Wirtschaft. Es steigt die Zahl derer, die nicht zur Stammbesellschaft gehören, sondern über windige Werkvertrags-Konstrukte bei externen Firmen angestellt werden. Damit werden Tarifverträge unterlaufen und die Mitbestimmung ausgehöhlt.

Es gibt einen Gesetzentwurf der Bundesarbeitsministerin, den die CSU und viele Arbeitgeber stoppen wollten. Die CSU will sogar, dass Leiharbeiter wieder als Streikbrecher eingesetzt werden dürfen. Das akzeptieren wir niemals! Die große Koalition ist den Gewerkschaften dieses Gesetz schuldig, und es muss so sein, dass der Mißbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen wirklich gestoppt wird.

Ein Beispiel für schlechte Arbeit ist auch der Transportsektor. Unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften ver.di und EVG sind Mitglied der Europäischen Transportarbeiter-Föderation. Sie beklagt die zunehmend miserablen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im europaweiten Transportsektor. Stundenlöhne von weniger als 2 Euro, unzumutbare Arbeitszeiten, Schlafen auf dem Lkw, dem Bus, der Lok bestimmen immer mehr die soziale Situation der Transportbeschäftigten. Der Wettbewerb wird zunehmend auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Auch im Transportwesen wird Leiharbeit zum Lohn- und Sozialdumping eingesetzt. Viele Logistikunternehmen betreiben nur noch Vermittlung. Die Beschäftigten sind am Ende die Gelackmeierten als Angestellte von Sub- oder Sub-Sub-Unternehmen. Das muss sich ändern!

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative soll die EU-Kommission gezwungen werden, europaweite Maßnahmen durchzusetzen, um das Sozialdumping zu beenden. Dafür sammeln unsere Kolleginnen und Kollegen Unterschriften. In Deutschland brauchen wir mindestens 150.000 davon.

Daher die Bitte an euch: Unterstützt diese Aktion am Infostand von ver.di und tragt euch in die Unterschriftenlisten ein!

(Anrede)

Unsere Jugend braucht bessere Zukunftschancen! Liebe Hannelore, unser Bundesland hängt bei den Ausbildungsplätzen trotz aller Anstrengungen hinterher! Es reicht einfach nicht; es fehlen mindestens 20.000 Ausbildungsplätze in NRW, und die müssen endlich herbei. Wenn wir solche Zahlen sehen, dann stimmt etwas ganz Grundlegendes nicht. Die Arbeitgeber kommen ihrer Verantwortung nicht nach, trotz vieler guter Worte. Und wir verlieren die Geduld, es wird nun doch höchste Zeit für eine Ausbildungsumlage, zumindest in bestimmten Branchen, deren Arbeitgeber anscheinend einfach überfordert sind, ihrer Verantwortung für die Jugend gerecht zu werden.

Aber auch die Schulen sind nicht gut vorbereitet auf die Herausforderungen von Digitalisierung und Arbeit 4.0. Wenn sich die Arbeitswelt so stark und schnell verändert, dürfen unsere Schulen nicht hinterherhinken. Immer noch verlassen viel zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss und haben kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Allein eine gute Ausstattung der Schulen mit moderner IT verlangt jährlich eine Investition von etwa 100 € pro Schüler, aber die Kommunen können und dürfen das Geld in ihren Sparhaushalten nicht zur Verfügung stellen. Dabei sind Investitionen in die Köpfe unserer Kinder die rentabelste Anlage, die es zur Zeit gibt.

(Anrede)

„Zeit für mehr Solidarität“ – das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Als Gewerkschaften haben wir guten Grund, uns Sorgen zu machen und standhaft zu sein bei der Kritik von gesellschaftlichen Missständen.

Wegen der verfehlten europäischen Krisenpolitik im Zeichen der Schwarzen Null haben sich einzelne Länder beinahe zu Tode gespart. Ihre Sozial- und Rentenversicherungen und die Tarifsysteme sind zusammengebrochen. Armut macht sich breit. Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den Ländern der Eurozone driftet immer weiter auseinander.

Noch immer sind über 21 Millionen Menschen in Europa arbeitslos, allein in Griechenland jeder Vierte und Spanien jeder Fünfte. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort so hoch, dass die Soziologen bereits von einer verlorenen Generation sprechen.

All das verdanken wir der Götzenverehrung der „Schwarzen Null“. Die falsche Krisenpolitik hat Tür und Tor für eine neue Welle des gegenseitigen Misstrauens, der Europafeindlichkeit geöffnet. Nicht nur bei uns werden die Rechtspopulisten stärker – allein der Blick nach Österreich zeigt eine erschreckende Entwicklung.

Alleine gelassen mit der gewaltigen Aufgabe des Umgangs mit Flüchtlingen droht Griechenland die völlige Überforderung. Ich will an dieser Stelle auf ein Projekt konkreter Solidarität und Unterstützung hinweisen: Immer mehr Menschen in Griechenland haben keine Krankenversicherung; sie können sich reguläre medizinische Behandlungen und Medikamente nicht mehr leisten. Unser Regionsgeschäftsführer hier in der Region Ruhr-Mark, Jochen Marquardt, hat eine Initiative gestartet, um den Menschen zu helfen. Der Bezirksvorstand des DGB NRW hat sich dieser Sache angeschlossen, und wir rufen euch auf: Spendet für die Sozialklinik Athen. Diese Klinik braucht ein medizinisches Labor. Wir wollen bis zum Sommer 50.000 Euro sammeln, um das Labor und die erste Ausstattung mit Hilfsmitteln zu finanzieren. Spendenformulare liegen am Infostand aus.

Was wir aber insgesamt brauchen, ist eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik für Europa! Was wir brauchen, sind Investitionen statt Sparpolitik! Wir müssen klar machen, wie das künftige Europa aussieht, für das wir uns als Gewerkschaften stark machen. Nur mit einem klaren Kurswechsel können wir in Europa die Weichen für mehr Investitionen in Wachstum und Beschäftigung stellen!

Zur kritischen Rolle der Gewerkschaften gehört auch, die geplanten internationalen Handelsabkommen Ceta und TTIP auf den Prüfstand zu stellen. Wir wollen einen fairen Welthandel im Interesse der Menschen. Wir brauchen daher transparente Verhandlungen und keine geheimen Aktenkammerchen. Die Geltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO muss festgeschrieben werden. Und der Schutz für Investoren darf nicht bedeuten, dass die beteiligten Länder ihre Gesetze nicht mehr ändern können, wie zum Beispiel bei der Höhe des Mindestlohns! Solange die Verhandlungen keine Sicherheiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bieten, bleiben wir deutlich bei unserem Nein.



(Anrede)

Es ist jetzt wirklich Zeit für mehr Solidarität! Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit! Es ist Zeit für das gute Leben! Packen wir das gemeinsam an!

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf, einen schönen 1. Mai und allzeit schlechtes Wetter für die Nazis!